Projekt Zeitzeugengespräche für die Kantonsgeschichte

1. Ausgangslage

Es besteht jetzt noch die Möglichkeit, Zeitzeugen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts zu befragen. Es handelt sich in erster Linie um Persönlichkeiten aus der Politik, aber auch um Personen aus den Kreisen Kultur, Medien, Kirche und Wirtschaft. Die meisten Gesprächspartner sind in recht fortgeschrittenem Alter, geistig aber regsam und verlässlich. Deshalb sollte die Chance nicht verpasst werden, diese Leute zu ihren Erfahrungen und Erinnerungen auszufragen. Die Gespräche sollen nebst überprüfbaren Fakten vor allem ein Stimmungsbild der behandelten Zeit vermitteln.

2. Durchführung der Interviews

Alle Personen haben eine Liste möglicher Themen zur Vorbereitung auf das Gespräch gekriegt. Die Gespräche dauerten zwischen 1.5-2 Stunden und wurden auf mp3-Datei aufgezeichnet. Diese Aufzeichnungen waren jedoch nur für die Interviewtexte relevant und stehen den Autoren nicht zur Verfügung. Die Ergebnisse der Gespräche wurden von A. Kummer und T. Wallner verschriftlicht und danach den Interviewten zur Autorisierung vorgelegt.

3. Texte

Die entstandenen Texte sind nicht im Frage-Antwort-Modus gehalten, der Aufbau der Texte entspricht jedoch dem Gesprächsverlauf. Die Texte sollen nicht publiziert, sondern den Autoren der Kantonsgeschichte des 20. Jhd. als Hilfestellung dienen und Hintergrundinformationen liefern, aber auch Türöffnerfunktion für gezieltes Nachfragen spielen.

4. Kontakte

Die Gespräche wurden von Thomas Wallner und Angela Kummer durchgeführt und verschriftlicht.

Thomas Wallner, Alpenstr. 17, 4515 Oberdorf, 032 / 622 53 30
thomas.wallner@bluewin.ch

Angela Kummer, Bielstrasse 62, 2540 Grenchen, 077 / 453 31 15
angela.kummer@gmx.ch

5. Gesprächspartner / Inhaltsverzeichnis

1. Regierungsrat Gottfried Wyss, Gerlafingen, SP S. 3

Gespräch vom 23.11.2011

2. Nationalrat Daniel Müller, Balsthal, FdP S. 8

Gespräch vom 30.11.2011

3. Regierungsrat Rudolf Bachmann, Olten, SP S. 12

Gespräch vom 18.01.2012

4. Regierungsrat Dr. iur. Max Egger, Solothurn, CVP S. 19

Gespräch vom 09.03.2012

5. Nationalrats-Präsident Dr. Franz Eng, Günsberg, FdP S. 24

Gespräch vom 30.03.2012

6. Nationalrat Urs Nussbaumer, Riedholz, CVP S. 32

Gespräch vom 31.05.2013

7. Dr. theol. em. Generalvikar Anton Cadotsch, Solothurn S. 38

Gespräch vom 30.08.2013

1. Regierungsrat Gottfried Wyss, SP Gespräch vom 23.11.11

Geboren 1921 (geb. von Wilderswil)
Beruf Bezirkslehrer
Im Amt 1974 – 1988
Polizei-und Militärdirektor, später Departement des Innern

Wir halten ein offenes, auskunftsfreudiges Gespräch mit einem 90-jährigen Gottfried Wyss mit hellwachem Geist.
Wyss gibt seine politischen Erfahrungen schriftlich zusammengefasst unter dem Titel „ Mein politischer Weg“ ab, zusammen mit einem Überblick über seine Vorstösse im Kantonsrat.[1]

Herkunft: Wyss wächst bei der Grossmutter in Kriegstetten auf und erfährt die ärmlichen Verhältnisse in Folge der Krisenzeit 1933. Sein Grossvater ist Attisholz-Arbeiter, aber tritt politisch kaum in Erscheinung. Wyss hat sich weniger aus Familientradition der SP zugewendet, als allgemein durch den Willen, sich für Benachteiligte einzusetzen und auch aus einer Abwehrhaltung heraus gegenüber allen nationalsozialistischen Tendenzen.[2]

Sein sehr linksgerichteter Onkel Fritz Wyss aber gibt ihm Impulse, sich einzusetzen, den Kapitalismus zu überwinden, und er ermuntert den jungen Wyss, sowohl die Bezirksschule als auch das Lehrerseminar zu besuchen und anschliessend die Bezirkslehrerausbildung phil. I zu absolvieren. Wyss wird Mitglied in der Studentenverbindung „**Arion**“ an der Kantonsschule Solothurn und schafft sich ein erstes der wenigen Netzwerke.[3] Aber erst an der Uni Bern in einer eher linken, vor allem anti-nationalsozialistisch ausgerichteten Studentengruppe, wird Wyss sozialkritisch und sozialdemokratisch aktiv.

---

[1] Vgl. Beilagen. Wyss macht auf die Arbeit von Autor Ulrich, Sohn der ehemalige Nationalrätin Ursula Ulrich, aufmerksam. Vgl. zu 1985 die Schrift von Ernst Jordi: „120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn. Eine Richtigstellung“. Diese ist im Staatsarchiv Solothurn im Buch von J.M. Lätt vorne eingeklebt.
[2] Zeitgeist!
[3] V. a. Freundschaft mit Ernst Jordi

Dazu fügt sich eine weitere „Wurzel“, wie er sagt. Da er als stets literarisch Interessierter an der Kantonsschule fast ausschliesslich mit der Heimatliteratur seines Deutschprofessors, des Dichters Josef Reinhart, bekannt gemacht worden war, will er jetzt schweizerische und internationale Autoren vor allem sozialkritischer Ausrichtung kennenlernen.[4]
Wyss beginnt selber zu schreiben und kann eines seiner ersten „Büchlein“ vom Luzerner Grafiker Hans **Erni** illustrieren lassen. Dies führt zu einer langjährigen Bekanntschaft zwischen den beiden.

Exkurs: *[5]Wyss ist überzeugt, Peter* ***Bichsel*** *lanciert zu haben, aus einem kleinen Kreis heraus. Bichsel wollte später nichts davon wissen, was zeitweise zu einer Entfremdung zwischen beiden führte, nicht zuletzt während der Regierungszeit von Wyss und dem Zerwürfnis mit Ernst* ***Leuenberger****.*

Diskriminierung: Durch die bekannte Vorherrschaft der FdP sind nicht nur konservative, sondern auch SP-Parteigänger lange öffentlich diskriminiert worden, was Wyss auch für seine Person klar bestätigt. Als erster SP-Bezirkslehrer in Gerlafingen galt er „noch nicht als vertrauenswürdig“, Jungbürgerkurse zu geben oder zu leiten. Es kam sogar vor, dass Passanten die Strassenseite wechselten, wenn sie ihm begegneten.

Das Jahr 1952:[6] An die Regierungsratswahlen 1952 und damit dem Ende der absoluten Mehrheit der Freisinnigen im Regierungsrat hat Wyss wenig bewusste Erinnerungen.

Wiederwahl 1985: Die Wiederwahl von Wyss in den Regierungsrat versuchen „SP-Jungtürken“ wie Ernst **Leuenberger** oder Rolf **Ritschard** schon innerhalb der Partei zu verhindern. Wyss sieht als Gründe dafür nicht nur einen ideologischen Hintergrund der **„68er“**-Generation, sondern ihr „reines Karrieredenken“, was sich u.a. in deren „Zweizüngigkeit“ besonders ausgedrückt haben soll. Wyss war

[4] Jakob Bürer u.a.
[5] Nicht zu veröffentlichen
[6] Verlust der FdP-Mehrheit, neue Sitzverteilung

jedenfalls schon bald von Misstrauen gegenüber ihnen erfüllt, zumal er ihnen vorwarf, nur zu reden und nicht zu handeln. Innerhalb der SP habe Ernst **Leuenberger** radikal gesprochen, vor Freisinnigen aber in der „Gotthelfsprache."

Dass direkte Verbindungen zu den Freisinnigen bestanden haben sollen, die den moderaten Wyss unterstützten, schliesst Wyss aus. Die Freisinnigen unterstützten ihn nicht offiziell, manche von ihnen waren aber im Aktionskomitee. Dass das Verhalten von Wyss bei den Demonstrationen um das KKW **Gösgen** die FdP „pro Wyss" gestimmt haben könnte, scheint ihm möglich.

Im Übrigen habe die ganze „85er-Prozedur" damit begonnen, dass Ernst Leuenberger und Rolf Ritschard gemerkt hätten, dass Wyss sie nicht ernst nehme, und dass bei der ersten Wahl von Wyss als Nachfolger Willi Ritschards Ernst Leuenberger verkündet habe, die Freisinnigen setzten auf (den moderaten) Wyss, sonst würden sie selber einen jungen Freisinnigen aufstellen. Das – so Leuenberger – sei doch völlig unakzeptabel, denn es sei immer noch die SP, welche die Kandidaten bestimme.

Die internen Gegner von Wyss versuchten noch mit dem „**Spanienreisli**",[7] d. h. mit dem Schlagwort „Kandidaten mit blanker Weste", zu punkten, doch dies war vergeblich.[8]

1977 Demonstrationen gegen des KKW Gösgen: Zur Zeit der mehrtägigen Demonstrationen gegen das KKW Gösgen war Wyss Polizeidirektor. Er hatte, wie er präzisiert, die Besetzung des KKW-Geländes zu verhindern, nicht die Demonstration, für die ein Gelände zur Verfügung gestellt wurde. Der spätere Bundesrat Willy **Ritschard** sass als Regierungsrat gleichzeitig im Verwaltungsrat der **ATEL.** Somit

[7] Beim **„Spanienreisli"** handelte es sich um eine von der ATEL im Mai 1983 offerierte und durchgeführte Reise mit der Regierung nach Spanien, was unter dem Stichwort „Annahme von Geschenken" für grosses Aufsehen sorgte.

[8] Vgl. weiter in der Schrift von Ernst **Jordi** die letzten drei Seiten mit dem „Kakao-Zitat" von Kästner und dem Hinweis, man kämpfe f ü r etwas, nicht gegen etwas…)

hatte Wyss mit der SP Solothurn keine Probleme. Der Führer der Demo, **Froidevaux**, lehnte eine Kontaktaufnahme mit Wyss ab.[9]

Regierungskollegen: Wyss urteilt wie folgt**: Sein** Vorgänger RR Gottfried **Klaus** (1949-1963) war eine dominierende, starke und bestimmende Persönlichkeit, die sehr von sich überzeugt war. Klaus war ursprünglich Lehrer in Olten.[10] Willy **Ritschard** sei kein „zweiter Klaus" gewesen, sondern recht volkstümlich, aber auch ein „Schlaumeier" im „Fäden ziehen", da er meist politische Überlegungen im Hintergrund hatte. Er förderte eher Rudolf **Bachmann**, um Olten miteinzubeziehen.

Exkurs[11]: Ritschard *war einer, der bei den Anlässen den Tischen nachging. Er stand mehr auf der Seite des späteren Ständerates Weber als bei Wyss.*

Regierungsrat: Wyss zeigte sich enttäuscht, wie wenig ein Regierungsrat „regieren„ konnte. Das Klima im Rat sei gut gewesen. RR Alfred **Rötheli** war dominant. Er, Wyss, sei nicht völlig parteigebunden gewesen und habe weder eine sozialistische Bildungspolitik noch ebensolche Spitäler angestrebt.[12]

Presse: Selbst im turbulenten Wahljahr 1985 sei die Presse fair gewesen. 1985 habe er auch die Unterstützung der Medien gehabt. Wyss meint jedoch, er habe die Medien zu wenig gepflegt und die Rolle der Medien zu wenig geschätzt. Von der heutigen **Presse** hält er nicht viel, es gehe ihr mehr um Geld als um Demokratie.

Sekundarschule: Wyss hat sich besonders stark gemacht für die Schaffung einer Schulstufe zwischen Oberschule und Bezirksschule mit

---

[9] Damals war viel von Basisdemokratie die Rede, in der alle Beteiligten zusammen ein Sprachrohr sein sollten.

[10] Lehrer waren auch RR Werner **Vogt,** SP (1952-1969), RR Rudolf **Bachmann**, sowie Ständerat **Weber**, beide auch von der SP. Es fällt auf, dass viele SP Amtsträger Lehrer waren. Es könnte sein, das es alles begabte Kinder einfacher Leute waren, für die das Lehrerseminar besser passte als das Gymnasium.

[11] Nicht zu veröffentlichen

[12] Wyss verweist dabei auf sein Buch: „Gedankensplitter" mit dem Vorwort von Fritz Schneider.

dem Ziel, einer bestimmten Gruppe von Begabten mehr Chancen für die Zukunft zu ermöglichen. 1961 wurde die Solothurnische Sekundarschule geschaffen, die auch Primarlehrern einen gewissen Karriereschritt ermöglichte.[13]

Netzwerk: Wyss war nicht zu sehr auf Netzwerke bedacht. Zwar war er Offizier, aber das Networking war weniger „sein Ding“. Kontakte gab es über die Studentenverbindung Arion, in Coop Schweiz, über die Literaturszene, im Engagement im pädagogischen Bereich (Besuch pädagogischer Kongresse). Zudem war er längere Zeit kompetentes Mitglied des Kantonalen Erziehungsrats.

[13] Vgl. Beilage: Vorstösse im Kantonsrat, 1958

2. Nationalrat Daniel Müller, FdP[14] Gespräch vom 30.11.2011

Geboren 23.2.1928 in Balsthal
Beruf Kaufmann
Im Amt 1967- 1983

NR Müller hat ein gutes Erinnerungsvermögen, ist sehr gut vorbereitet und stets bemüht, objektiv zu sein. „Gerechtigkeit“ sei für ihn stets ein Schlüsselwort, eine Lebensmaxime gewesen. Dass er als FdP-Mann wenig angriffig, katholisch und eher ausgleichend war, habe man ihm in der Partei nie übel genommen.

Herkunft: Müller stammt aus traditionell freisinnigem Elternhaus. Sein Grossvater war Giesser, sein Vater Dreher in der „von Roll“. Später betrieb sein Vater einen Getränkehandel, den er nach einer kaufmännischen Ausbildung, nach Aufenthalten in England und zwei Jahren im Welschland, übernahm. Vor der Übernahme des väterlichen Geschäfts war Müller auch noch als Kaufmann im Verkauf in den Papierfabriken Balsthal und Grellingen tätig.

Umfeld: Müllers Umfeld ist gewerblich und FdP-parteipolitisch. Er erinnert sich, dass bis anfangs der 1960er Jahre im FdP-dominierten Balsthal heftig Parteipolitik betrieben wurde nach dem Motto, CVP und SP seien ohnehin auf dem falschen Weg. Müller relativiert diese Aussage jedoch mit der Bemerkung, das Gleiche hätten die beiden anderen Parteien wohl auch von der FdP gemeint.

Vor allem aber, sagt der Katholik Müller, seien die Gegensätze stark konfessionell bestimmt gewesen, indem es geheissen habe, man könne nicht **liberal und katholisch** („christlich“) sein. So habe der katholische Pfarrer vor Wahlen sonntags gepredigt, man solle „christlich wählen“.[15]Anderseits habe man damals in Mümliswil **Protestanten**

[14] Vgl. HLS Bd. 8, S. 808

[15] Schon um 1902 hatte Pfarrer Ackermann aus Welschenrohr „Liberalismus als schwere Sünde“ bezeichnet.

diskriminiert, was aber in den 196Oer Jahren dank der Einsicht der CVP-ler gebessert habe. Bei seiner ersten Kandidatur 1963 in den Nationalrat sei die Frage „katholisch oder **protestantisch**“ ebenfalls eine wichtige gewesen. Dass die „**von Roll**“ im liberalen Sinn „das politische Geschehen stark dominiert habe“, sei im Nachhinein gesehen ein Fehler gewesen.[16]

Als Präsident des Kantonalen **Gewerbevereins** engagierte Müller den Solothurner Juristen und CVP-Kantonsrat Peter **Boner** als juristischen Berater. Er habe, so Müller, auf die Person und nicht auf die Partei geschaut. Vater Boner war der bekannte Balsthaler CVP-Nationalrat Adolf Boner, ein Dutzfreund Müllers, den dieser allerdings als politisch eher „durchschnittlich“ qualifiziert.

1952 Regierungsratswahlen: Diese erlebte Müller ausserhalb des Kantons während eines Englandaufenthaltes, also nur am Rande, sagt aber, Adolf **Boner** sei für Stimmfreigabe gewesen und selbstverständlich habe der Verlust der absoluten Mehrheit der FdP im Regierungsrat das parteipolitische Klima noch lange angeheizt. Karl **Obrecht** sei als Kandidat der FdP aufgestellt worden, weil, wie es hiess, „ nur er die Sache retten konnte.“ Obwohl der Wahlsieger **Vogt** konfessionslos gewesen sei, hätten ihn Teile der CVP unterstützt.

Versachlichung der Politik: Seit den 1960er Jahren begann - laut Müller - langsam eine Versachlichung der Politik, weg von der Dominanz des **Parteipolitischen**. Man habe zwar oft „hart“ gegeneinander gefeilscht, dann aber einander wieder in die Augen gesehen und sogar “Tendenz zu freundschaftlichen Beziehungen“ gezeigt. Man habe stets häufiger im Alltag wieder mehr miteinander über die Parteigrenzen hinweg gesprochen. Er selber habe freundschaftliche Beziehungen u.a. zu Leo **Schürmann**, NR Louis **Rippstein** und Bundesrat **Hürlimann** (CVP) gehabt.

Im Übrigen seien ja er und z.B. NR Franz **Eng** von Haus aus katholisch gewesen. Die „Aufweichung“ parteipolitischer Grenzen sei

[16] Zeitgeist!!

wahrscheinlich Mitte der 1960er Jahre erfolgt, nachdem sich die „harten“ Auseinandersetzungen um **1952** (RR Wahl) abgekühlt hätten.

Persönlichkeiten: Müller nennt auf die Frage nach dominierenden Persönlichkeit die FdP-Ständeräte **Karl Obrecht**[17] und **Ulrich Luder**[18], dazu Nationalrat **Josef Hofstetter**[19], den Müller als „brillanten“ NR und Redner qualifiziert, vertraut mit dem Arbeitsrecht und Personaldirektor der von Roll. Dazu **Leo Schürmann**, CVP (rhetorisch gut) und **Hans Hürlimann.**

Von „seinen“ zeitgenössischen Bundesräten rühmt er **Ernst Brugger ZH** als überdurchschnittlich, ebenso **Kurt Furgler und Willi Ritschard. Otto Stich** gilt ihm als guter Finanzmann, **Rudolf Gnägi** fand er eher durchschnittlich und von seinem Stab getragen.

Zum Bild des Kantons Solothurn im Bund: Der Kanton war gut angesehen in Bern, was wahrscheinlich auch mit der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nähe Solothurns zu Bern zu tun gehabt habe. Die Solothurner **Industrie** sei angesehen gewesen, besonders die **von Roll**, die **Autophon** oder die **Papierfabrik** Biberist. Zudem hätten frühere solothurnische Bundesräte[20] oder später Nationalräte wie Christian **Wanner** in Bern auch für einen guten Ruf gesorgt.

Netzwerk: Müllers Netzwerk bestand einerseits infolge seines politischen Interesses von Jugend auf. Der 17-jährige las regelmässig die NZZ und die Weltwoche und knüpfte als Kantonsrat, Nationalrat und Kantonal- Parteipräsident zahlreiche und vielfältige persönliche Kontakte. So wurde er auch Ehrenmitglied in der freisinnigen Musikgesellschaft und sogar im CVP-Jodlerclub. Wichtig wurden Netzwerke über den Turnverein und die Armee, wo er zuletzt als Oberst ein Landwehr-Regiment kommandierte, oder als Präsident des

[17] Vgl. HLS Bd. 9, S. 347
[18] Vgl. HLS Bd. 8, S. 68
[19] Vgl. HLS Bd. 6, S. 426
[20] Hermann Obrecht oder Stampfli

Kantonalen **Gewerbeverbands.** Müller war im Nationalrat dann auch Präsident der Militärkommission.

Eindrückliche Themen oder Ereignisse:
Tief in Erinnerung geblieben sind ihm der Kriegsausbruch 1939, als der Vater als Feldweibel mobilisierte und der Lastwagen „gestellt“ werden musste, sowie das Kriegsende mit der grossen Hoffnung „nie wieder Krieg“, wiewohl die Befürchtung blieb, dass bald ein dritter Weltkrieg ausbreche.
Im Weiteren erinnert sich Müller an den ständigen Konflikt zwischen USA und Russland, der enorme Wirtschaftsaufschwung vor 1973 nach dem Motto „Es wird keine Krisen mehr geben!““. Zudem ist Müller die Tatsache, wie stark der Bezirk Thal von der Krise betroffen wurde, stark in Erinnerung. Müller setzte sich mit der FdP für das Obligatorium der **Arbeitslosen-**Versicherung ein.

Medienerfahrung: Müller habe gute Kontakte zu den Medien gehabt, vor allem mit der „NZZ“ und der „SZ“. Für die damalige Weltwoche schrieb Müller sogar Artikel. Auch mit dem Fernsehen gab es „keine Probleme“.

Wahl-Geschichten: RR Cornelia Füeg: Dass der vorbestimmte Willi **Pfund** aus Dornach nicht zum Zuge kam, sondern die „wild“ kandidierende Cornelia **Füeg**, daran sei der untere Kantonsteil schuld gewesen. 1979 trat Ständerat Ueli **Luder** zurück und Müller sollte sein Nachfolger werden. An der FdP-Nominationsversammlung wurde jedoch Max **Affolter** gewählt, der den unteren Kantonsteil mobilisierte und an Stelle des vereinbarten Fünf-Minuten-Vorstellungsgesprächs während 35 Minuten ein „glanzvolles“ Referat „hinlegte“. Müller hingegen hatte die Fünf-Minuten-Vorgabe eingehalten.

Besondere Einsätze: Müller setze sich auch für die Belange seiner nächsten Heimat, dem Bezirk Thal, ein: Als Gründungsmitglied der REPLA Thal, der späteren Gruppe „Thal 2000“, war er von 1968-1988 deren Präsident mit dem Ziel, die Naturschönheiten zu erhalten, den Wohnstandort zu fördern und die wirtschaftliche Lage zu verbessern.[21]

[21] Beilage: Mail-Kopie zur NR-Tätigkeit

3. Regierungsrat Rudolf Bachmann, SP Gespräch vom 18.1.2012

Geboren 12.Januar 1921
Beruf Schuldirektor
Im Amt 1969 - 1985

Bachmann war Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor. Das Departement des Innern ging nach der Wahl von RR Wyss an diesen, dafür ging das Forstdepartement an RR Bachmann.

RR Bachmann ist geistig wach und für das Gespräch gut vorbereitet.

Herkunft

Bachmann wurde in Bern geboren. Als er zwei Jahre alt war, zog die Familien nach Olten. Der Vater war Kaminfegermeister, der in Bern eher gewerkschaftlich orientiert war, in Olten aber mehr der FdP zugeneigt war. Der Vater war jedoch kaum politisch tätig. Bachmann besuchte das Lehrerseminar in Solothurn, wurde auch Offizier und bildete sich zum Bezirkslehrer mathematischer Richtung aus. 1858 trat er eine Stelle in Olten an und wurde 1961 Rektor der städtischen Schulen von Olten im Wettstreit mit **Hans Hohler**[22] und als Nachfolger von **Dr. Arnold Kamber**.[23]

Zum Eintritt ins Lehrerseminar ermunterte ihn sein Turnlehrer **Hermann Cartier**. Die Hinwendung zur SP entsprang vor allem Protestreaktionen gegenüber der **FdP**, welche keine SP-Lehrer wählen wollte, sowie dem Einfluss von Gewerbelehrer und Nationalrat **Hermann Berger**, SP.

An eine Politkarriere dachte Bachmann vorerst nicht. Als Sport- und Turnbegeisterter war er schon Mitglied in der Studentenverbindung „Amicitia“ und leitete bald zwei Frauenturnvereine, später verschiedene Lehrerturnvereine z.B. in Olten oder Balsthal. Dem „Satus“ gehörte er aber nicht an. Nachdem er sich, wie damals üblich, während Jahren zuerst an mehreren Stellen im Kanton hatte bewähren

---

[22] Vater von Franz Hohler
[23] SP National- und Kantonsrat

müssen, wurde er als Lehrer nach Oensingen gewählt. Und da Lehrer, wie er sagt, oft als Leiter und Führer gefragt waren, wurde er in den Gemeinderat gewählt und sofort auch als SP-Parteipräsident. 1965-1969 gehörte er dem Kantonsrat an, stets als Vertreter der SP, weil er, wie er betont, nach wie vor geprägt war durch die Erfahrungen mit der Oltner **FdP**.

Umfeld und Netzwerke

Bachmann pflegte Kontakte und Freundschaften an der Kantonsschule allgemein und im Besonderen in der Studentenverbindung „Amicitia“ und erweiterte diese an seinen verschiedenen Lehrerstellen überall im Kanton. Viele Verbindungen ergaben sich durch seine Tätigkeiten in Sportkreisen und in der Politik, etwas weniger in Armeekreisen, und er schlug Aufnahmeangebote in Serviceclubs aus.

Verparteipolitisierung im Kanton

Diese war gemäss Bachmann früher stärker. Beispielsweise arte heute nicht mehr jede „kleine“ Wahl – wie zum Schulabwart oder Wegmacher - zu einem regelrechten Wahlkampf aus. Was die umkämpften Lehrerwahlen betrifft, hätten sich diese mit dem aufkommenden Lehrermangel, aber insgesamt auch mit der allgemein wachsenden Mobilität, immer mehr gemässigt.

Zur Entwicklung der SP Solothurn

Die SP Solothurn sei grundsätzlich im Fahrwasser der SP Schweiz gefahren und bis um 1985 „kompakt“ gewesen. Obwohl im Unterscheid zu heute „die Linien zwischen den Parteien“ früher noch klarer und genauer verlaufen seien („ strikter abgegrenzt!“), habe man selbst nach heftigen Wahlkämpfen stets wieder Kontakt über die Parteigrenzen hinaus gepflegt.

Um 1985 hätten dann die „Jungtürken“ wie Ernst **Leuenberger**, Rolf **Ritschard** und die beiden Seminarlehrer Samuel **Schild** und Jean **Racine** den „Stich in die Partei“ verursacht und als ehemalige 68er die Partei zu radikalisieren versucht.

Im übrigen seien Parteimitglieder und Amtsträger zu Parteibeiträgen verpflichtet gewesen, die nach einem bestimmten Schema im Verhältnis zum Einkommen festgesetzt worden waren.

Wahlkämpfe in den 197Oer und 1980er Jahren:
Diese seien, so Bachmann, vorab über die Presse und durch Flugblätter und kaum persönlich geführt worden, wie etwa durch „Türklinkenputzen“ oder an überparteilichen Veranstaltungen. Wahlveranstaltungen innerhalb der Partei in den Gemeinden seien oft schlecht besucht gewesen. Immerhin bestanden ja noch **drei je parteipolitische Presseorgane,** von denen jedes heftig gegen die andern und positiv für die eigene Partei agierte. Der heutige Medienrummel sei ja unvergleichbar grösser. Bachmann erwähnt vor allem die wiederkehrenden „Giftspritzen“ des Oltner Tagblatt-Redaktors Emil **Kiefer** auch gegenüber der SP**.** Bachmann hatte sich übrigens oft als Artikelschreiber für die Presse engagiert.[24]

Wahljahr 1985: Warum wurde die Abwahl von SP-Regierungsrat Gottfried **Wyss** versucht? Wyss, so meint Bachmann, sei den Jungtürken zu „brav“ gewesen, zu „pragmatisch“. Zudem war er Polizeidirektor gewesen und habe als solcher die **KKW** Demonstrationen zu kontrollieren gehabt. Im übrigen hatte Bachmann bei der Einweihung des KKW die Festrede zu halten und man vergessen, dass ein Vorstoss des SP-Kantonsrates Walter **Kräuchi** erstmals verlangt habe, zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen es bereits bestehenden KKW-Kantonen gleich zu tun und auch in Solothurn ein KKW ins Auge zu fassen. Walter **Kräuchi,** Redaktor und Kantonsrat, SP, sagte dazu: man solle „den Anschluss nicht verpassen.“[25]

Grund der Jungtürken für ihr Unterfangen mochte Karrieredenken gewesen sein, bestimmt aber ein „Misstrauen“, die Partei könnte mit der alten Mannschaft „kaputt“ gehen, wenn Wyss nicht bekämpft werde. Bachmann, dem Fundamentalismus stets abhold, findet diese Ueberlegung „Chabis“. Im Übrigen habe man Wyss nicht allein gelassen. So hätten ihn u.a. Ernst **Jordi**, Kantonsrat SP,[26] und

---

[24] Wallner dazu: parteiübergreifende Wahlveranstaltungen gab es erst seit den RR-Wahlen 1991 Hänggi und 1992 Wallner.

[25] Wallner: erste Erwähnung KKW in den Kantonsratsverhandlungen 1972 S. 281 u. S. 344, dann 1973, S. 70, 118, 133, 544, 653, 685. (Vgl. Arbeit von Dieter Ulrich, Jb. Sol. G. Band 79, Jg. 2006, S. 20 ff. zur Wahl 1985 und S. 53 zu Kräuchis Interpellation.)

[26] und späterer Seminar-Rektor

Polizeioffizier **Howald,** SP, unterstützt. Die „Gruppe Wyss“ sei dann schon eine Weile „nebendran gelaufen“, ihre Integration in die Partei sei aber rascher erfolgt als vermutet.
Die Spaltung in der Partei habe dazu beigetragen, dass die **CVP** mit **Dr. Max Egger** 1985 erstmals einen zweiten Regierungssitz eroberte, und zwar eben auf Kosten der SP.

Themen von grösserer Bedeutung:
Vorab die **Krisen**-Zeiten wie 1969/70, von denen die Uhrenindustrie, die von Roll, die Schuhfabrik Bally und andere betroffen waren. Es stellte sich die wiederkehrende Frage, was Regierung und Kantonsrat tun können: nämlich wenig, auch wenn es in solchen Fälle sofort Forderungen seitens des Kantonsrats hagle. Für die **Arbeitslosigkeit** wurden noch kaum so intensive Massnahmen getroffen wie später in den 1990er Jahren mit den RAVs.[27] Bachmann war der Meinung, dass viele Unternehmen zu stark expandiert hatten. So stellte er sich gegen allzu viele Arbeitsbewilligungen für Ausländer z.B. in der Baubranche. Hans **Sommer**, Vertreter der Uhrenindustrie, ertrug es schlecht, dass Bachmann einmal äusserte, die Regierung müsste ihm besser auf die Finger schauen bezüglich Expansion. Expandierte Kapazitäten seien in Krisenzeiten nur unter schmerzhaften Eingriffen abzubauen.[28]

Im Fall **Bally** seien zu viele, auch Politiker, aus falschem Vertrauen dem Financier **K. Rey** auf den Leim gegangen. Viele „falsche“ Experten und Sanierer seinen aufgetreten wie „**Wohnlich**“ [29]oder Ernst **Thomke**. Für den Sanitätsdirektor Bachmann war auch das **Gesundheit**swesen ein Thema. Seitens der Ärzte schätzte man die Praxisbewilligung für ausländische Ärzte nicht und pochte auf die Bedingung, schweizerische Prüfungen abzulegen. Der Regierungsrat habe diesbezüglich eine tolerantere Haltung vertreten. Erfreulich sei gewesen, dass die Spitalvorlage 6 vom Volk gut „angenommen“ worden sei, weniger erfreulich, dass der „grosse Brocken“ **Spital**sanierung Olten trotz kompetenter Jury vom Kantonsrat als zu teuer aufs Eis gelegt worden sei.

---

[27] Regionale Arbeitsvermittlungszentren
[28] Arbeitslose!
[29] erfolglos bei von Roll

Fall Kreisförster Bischof im Thal.[30]
Bachmann stand auf der Seite des Kantonsförsters **Zeltner**, dem aber die „schwarze“ Presse ebenfalls Ähnliches nachsagte. Das Gericht entschied gegen Bischof.

Das **Verhältnis RR/Presse** sei unterschiedlich gewesen. Im Grossen und Ganzen war die Situation aber jeweils tragbar.

„Spanienreisli“ 1983: Bachmann war von Amtes wegen Vizepräsident im VR der ATEL. Die durch Untersuchungsrichter, Staatsanwalt und Presse inszenierte Affäre schien ihm übertrieben. RR Willi **Ritschard** habe sich vor dem Parteitag entschuldigt, er, Bachmann nicht, da er sich als Vizeverwaltungsratspräsident berechtigt gefühlt habe, bei diesem Anlass mitzumachen.[31]

Die **RR-Wahl 1952** ist Bachmann persönlich wenig präsent. Die SP-Presse habe gejubelt, was er verstehe und dass diese Wahlen lange nachgewirkt hätten, sei tatsächlich so.[32]

Klima in der Regierung: „Die Chemie war nicht immer ideal!“ Hans **Erzer war** eher ein Aussenseiter, der an gesellschaftlichen Regierungsanlässen wie z.D. der Dienstaltersehrung oft nicht anwesend war. Willi Ritschard war eher dominant mit Aussenwirkung. Er verstand sich gut mit der Presse. Die drei im Rathaus „residierenden“[33], namentlich RR A. **Wyser**, W. **Ritschard** und R. Bachmann trafen sich in der Tat jeweils um 06.00 Uhr vor den RR-Sitzungen zur Absprache der Geschäfte. Zwischen Erzer und Ritschard harzte es gelegentlich. Ritschard sei gerade auch als Finanzdirektor doch recht dominant gewesen. Wyser habe in den Vorgesprächen öfters auf der Seite von Ritschard gestanden als Bachmann. Bachmann meint, Ritschard habe sich oft gut in Szene

[30] Vorwurf: Forsterlöse in den eigenen Sack?
[31] Problem: Annahme von Geschenken! Hier, eine der Regierung von der ATEL offerierte Reise nach Spanien im Mai 1983.
[32] Verlust der absoluten Mehrheit der Freisinnigen im Regierungsrat, neue Zusammensetzung: 2 FdP, 2 SP, 1 CVP.
[33] „Kleine Regierung“ genannt

gesetzt, auch „etwas geboten“, es verstanden, zu Fehlern zu stehen. Er müsse aber differenziert beurteilt werden.

RR Alfred Rötheli sei im Jubiläumsjahr **1981**[34] nicht glücklich gewesen, weil er nicht Landammann sein konnte, da **Wyser** vorher demissioniert habe[35] und Bachmann als Landammann nachrückte. Dieser erinnert bei der Gelegenheit daran, dass schon er damals für die Festrede vor freundeidgenössischen Freiburgern für eine Übersetzung ins Französische eine Privatperson engagieren musste, weil in der Verwaltung niemand für solche Zwecke verfügbar war.[36]

Das Verhältnis zum Kantonsrat war soweit, so gut. Man habe nicht alle Räte ernst nehmen können. Mühsam sei gelegentlich gewesen, dass mancher ehemalige Schüler im Rat gesessen sei,[37] von denen der eine oder andere Retourkutschen „mit grosser Röhre“ gefahren habe. Dieser Umstand sei mitentscheidend gewesen für die Demission 1985. Der Abschied, sagt Bachmann, sei ihm nicht schwer gefallen.

Verhältnis zu Institutionen: Zur Solothurnischen **Handelskammer** war das Verhältnis gut. Im Bereich **Sozialpartnerschaft** gab es hingegen wenig offizielle Kontakte, im **Gewerbeverein** (GV) hat Bachmann meist das Korreferat zum Präsidenten gehalten, dessen Meinung (Ideologie) er nicht immer teilte. Der Präsident sei ihm oft zu „ideologisch-gewerblich“ gewesen, getreu den schweizerischen Vorgaben. Den „roten Volkswirtschaftsdirektor provozierte man meist ein bisschen, weil der Staat, d.h. seine Regelungen beklagt wurden, seine Hilfe aber öfters gefragt war.“ Das Verhältnis zu den **Einwohnergemeinden** sei an sich „ordentlich“ gewesen.[38] Zum Präsidenten des **Einwohnergemeindeverbandes,** Ueli **Isch,** war das Verhältnis etwas angespannter, „weil er immer besser wusste, was zu tun wäre, an der Regierung liess er meiste keinen guten Faden.“

[34] 500 Jahre Solothurn im Bund
[35] weil er das Bundesamt für Gesamtverteidigung übernahm.
[36] „Brückenkanton?!“
[37] z.B. Arthur Haefliger
[38] Ausser der Problemgemeinde Hofstetten

Dominierende Persönlichkeiten waren **Willi Ritschard,** dann der „Oltnerkreis“, zu dem sich Bachmann selber zählt, **Max Affolter,** welcher zuletzt Ständerat der FdP war und der einen guten Namen gehabt habe, obwohl er ein „Polteri“ sein konnte. Dazu **Dr. Leo Schürmann,** Nationalrat CVP. Zu Dritt habe man sich oft zusammen für die „Oltner-Politik“ eingesetzt. Zwischen den Dreien habe es „gut gegeigt“.

Wahl in den Regierungsrat: Bachmann sagt, er sei der offizielle Kandidat der Partei gewesen und somit „im Schlafwagen“ gewählt worden, wie sich die Jungtürken Ernst Leuenberger und Co. ausgedrückt hätten.[39]

Verhältnis Olten-Solothurn? Parteiintern habe Bachmann “Misstrauen“ festgestellt. Insgesamt habe der obere Kantonsteil „seine Kandidaten eindeutig bevorteilt, was zum offenen Streit führte.“ Ein allgemeines Misstrauen oder gar einen allgemeinen Gegensatz Olten-Solothurn ist ihm nicht bewusst. Immerhin waren zu seiner Zeit drei Oltner in der Regierung, welche die Interessen des untern Kantonsteil zu wahren wussten: **Bachmann, Wyser** und **Rötheli.**

[39] Vgl. handschriftliche Beilage

4. Regierungsrat Dr. iur. Max Egger, CVP Gespräch vom 9.03.12

Geboren 1.Mai 1927
Im Amt 1985-1992
Departemente: Volkswirtschaft, Landwirtschaft, Forst. In den ersten Jahren Sanität statt Landwirtschaft

Max Egger ist gut vorbereitet und stellt diverse Akten zur Verfügung.

Herkunft
Max Egger wurde in Solothurn geboren. Die Familie stammte ursprünglich aus dem Tirol, bürgerte sich im 18. Jh. im Kanton Solothurn ein und erhielt später das Bürgerrecht der Stadt Solothurn. Als Regierungsrat wurde er also als „Vertreter“ der Stadt Solothurn „gezählt“. Die „vermöglichen“ Vorfahren waren teils dem „Schöngeistig-kulturellen“ verpflichtet, teils politisch engagiert und trotz starker Verwurzelung im Katholizismus vereinzelt auch
dem Freisinn „zugeneigt“ und wohlhabend u.a. durch den Eisenhandel. Wie es zu seiner Familie gehört, war man dem Pferdewesen zugetan, armeefreundlich und Kavallerie-Offizier.

Umfeld und Netzwerke
Neben der Politik (Partei), Studentenverbindungen, Fastnachtszunft oder Bruderschaften, wo die poetische Sprachgewandtheit Max Eggers beeindruckend zur Geltung kam, brachten die durch den Lebenslauf bedingten Aufenthalte ausserhalb des Kantons zahlreiche Kontakte, Erfahrungen und Eindrücke: Egger besuchte das Gymnasium in Solothurn und Schwyz und konnte einen Stage in Paris durch die Firma „Scintilla“ im Gebiet Exportwirtschaft machen. Danach folgte ein Studienaufenthalt in Genf. Im weitern war der mehr der Wirtschaft als der Jurisprudenz zugewandte Jurist mehrere Jahre als Exportkaufmann im Glarnerland tätig und hätte gerne eine Stelle in der Uhrenindustrie in Grenchen angenommen. Der Stellenantritt war jedoch – in solothurnischen Landen nicht unüblich - offiziell mit dem Versprechen verbunden, freisinnig zu politisieren. Max Egger politisierte aber wie sein Vater bei der CVP. Er wurde indes 1963 zum Direktor des

Bürgerspitals Solothurn gewählt, bevor er 1973 Nachfolger von Dr. Alfred **Rötheli** als Staatsschreiber des Kantons Solothurn wurde.

Staatsschreiber 1973-1985

Nach 10 Jahren Spitaldirektor übernimmt Max Egger von Dr. Josef **Schmid**, CVP, das Amt des Staatsschreibers. Von 1980-1985 präsidierte er die Schweizerische Staatsschreiber-Konferenz. Zusammen mit den Kollegen aus Genf und Freiburg war er im Zusammenhang mit der Gründung des Kantons **Jura** Berater der jurassischen Behörden bezüglich Schaffung der Verwaltungsstrukturen. Neben den üblichen Aufgaben und Geschäften in der Staatskanzlei hat sich Max Egger besondere Verdienste erworben in der Repräsentation des Kantons nach aussen, sei es im Bereich der Regierungsbesuche, der Bundesratsfeier (für Willi Ritschard) und Feiern (Eidg. Parlamentspräsidenten oder Kantonstage an Schweizerischen Ausstellungen). Besonders fiel er mit der Organisation des Jubiläums „500 Jahre Solothurn im Bund **1981**“ auf, das schweizweit für positives Aufsehen sorgte. Als Staatsschreiber pflegte Max Egger direkten Kontakt zur Bundeskanzlei, wodurch er stets an der Quelle bester und rascher Informationen sass.[40]

Regierungsrats-Wahl 1985

Mit der Wahl Max Eggers zum Regierungsrat wurde erstmals die „alte Zauberformel“ (2 FdP, 2 SP, 1 CVP) umgestossen. Neu war der RR folgendermassen zusammengesetzt: 2 FdP, 2 CVP, 1 SP. [41] Egger führt seinen Erfolg u. a. auf seine Kontakte und seinen Bekanntheitsgrad durch das Jubiläum 1981 zurück. Zudem mag ein Leserbrief von freisinniger Seite, von Brigadier Dr. Kurt Stampfli, gewirkt haben, indem dieser offiziell für Eggers Wahl eintrat.[42]

---

[40] Bundeskanzler Walter Buser wird gelobt.

[41] Vgl. dazu Eggers Gespräch im Solothurner Jahrbuch 1986 (Staatskalender S. 17ff. sowie Sol. Kalender 1986))

[42] (was an der Zeit sei!). Zudem war man bereit, der FdP das Amt des Staatschreibers zu „überlassen“. Nachfolger von Max Egger wurde Dr. Konrad Schwaller.

Wahlkampf
Auch Max Egger bestätigt, dass zu seiner Zeit der Wahlkampf höchstens in der Presse zwischenparteilich geführt wurde. Streitgespräche oder Podiumsgespräche mit und zwischen Kandidaten gab es nicht. Es sei aber daran erinnert, dass es noch eine „eine Partei**presse**“ gab mit allen Möglichkeiten, gegen die Gegenkandidaten und für den eignen zu Feld zu ziehen.

Klima in der Regierung
Egger bezeichnet die Zusammenarbeit und die „Kollegialität“ in der Regierung als durchwegs gut. Noch sei man von grossen **Spar**übungen verschont geblieben. Alfred **Wyser** sei oft dominant gewesen, Hans **Erzer** „stock-freisinnig“, mit Willi **Ritschard** habe er ein gutes Verhältnis gehabt, auch zu dessen Bundesratszeit.[43] Ritschard „war kein Bonze“, seine Bergwanderungen mit Peter Bichsel seien ihm wichtig gewesen.

RR Gottfried **Wyss** habe sich als getreuer SP-Mann gezeigt, RR **Bachmann** sei er, Egger, näher gestanden. RR **Rötheli** sei zurückhaltend und selbstherrlich gewesen und habe als Finanzdirektor in der Kantonalbank-Frage die Regierung schon vor dem Ausbruch des Debakels kaum informiert.[44]
In der **Laufenthal-Frage** um 1979 habe vorab RR **Erzer** gegen einen Anschluss gearbeitet. Er zählte zu jenen Schwarzbuben, die mögliche [45]“Konkurrenz fürchteten“.

Aussenkontakte
Egger bezeichnet das Verhältnis zum Kantonsrat und zu den Verbänden gut. Explizit wurde er auch als gewerbefreundlich gelobt. Er habe die Verbindung zu den **Regionen** im Kanton bewusst gepflegt, den neuen Kanton Jura unterstützt und die Beziehungen zu andern Kantonen intensiviert. Leider seien die Zahl der gegenseitigen (wichtigen) **Regierungsbesuche** und die Kontakte zu den Nachbarkantonen

[43] (Briefwechsel, der stellenweise von Minderwertigkeitsgefühl und Unsicherheit zeugte).
[44] Wallner: Rötheli glaubte, auch gegenüber seinen Regierungskollegen ans Bankgeheimnis gebunden zu sein, wie wohl man später der Regierung vorwarf, die Oberaufsicht - was eine solche ohne Infos auch heisst - vernachlässigt zu haben.
[45] Wallner: Erzer „fürchtete“ u.a. zu viele neue CVP-Sitze im Kantonsrat.

inzwischen seltener geworden, wiewohl man auf diese Weise früher manche Probleme zusammen habe lösen können.

RR-Wahlen 1952

Sie sind Max Egger weniger bewusst, schon weil er damals öfters nicht im Kanton weilte.

Medien

Egger hat an sich keine negativen Erfahrungen und Erinnerungen mit den Medien gemacht. Redaktor **Kräuchi** vom Oltner Tagblatt sei ihm allerdings als „heftig“ SP-lastig im Gedächtnis. Die „Solothurner Zeitung“ sei auch mit SP Leuten besetzt gewesen, was stete Kritik an der CVP zur Folge gehabt habe.

Parteien

Kämpfer für die Sache der CVP waren nach Egger besonders Dr. Alfred **Hartmann,** Staatsanwalt und Oberrichter, Sohn von CVP-RR Hartmann (1908-1930) und Dr. Max **Gressly.** Als führende Persönlichkeiten bezeichnet er auch **NR Leo Schürmann** und **NR Louis Rippstein. RR Dr. Max Obrecht** beurteilt Egger als „gut“, CVP-Nationalrat **Dr. Josef Ziegler,** Redaktor des CVP-Blattes und Führer der **Christlich-Sozialen**, beurteilt er als sehr aktiv und engagiert im Einsatz für die Partei. Dass die solothurnische SP vor allem in Personalfragen meist eher mit der FdP zusammenspannte und umgekehrt deutet Egger u.a. als Distanznahme der beiden zu Religion und **Kirche** und als „Furcht“ der SP, die CVP könnte ihr im Sozialbereich „das Wasser abgraben“.

Spanienreisli 1983

Die Affäre um die von der ATEL initiierte Informationsreise nach Spanien hat Max Egger noch als Staatsschreiber miterlebt. Er empfand die Reise als „wertvoll“ und informativ für die Regierung eines „Energie-Kantons“. Falsch sei es gewesen, die Gattinnen mitzunehmen.

Presse-Artikel

SZ	27. Dezember 1989,	Egger zum Wirtschaftspol Olten
SZ	2. / 3.Februar 1963	Der Spitaldirektor ist gewählt
SZ	3. April 1989	Zu Max Eggers Haltung gegenüber Armee, Gewerbe und Wirtschaftsförderung
Sol.Nachrichten	29.Juli 1986	Interview 1 Jahr im Regierungsrat
Sol.Nachrichten	2.Juli 1992	Verabschiedung Max Eggers
Sol.Nachrichten	19.Dez.1991	Zum Rücktritt von Max Egger

5. Nationalrats-Präsident Dr. Franz Eng , FdP Gespräch 30.03.2012

Geboren 19. Juli 1928
Im Amt: NR 1971-1987, Präs. 1983

Franz Eng erinnert sich bestens an Personen und Ereignisse, er beweist Überblick und bemerkenswerte Interpretationskraft für die eidgenössische und kantonale Wirtschaft und Politik. Er wurde von uns ermuntert, doch seine Kenntnisse und Erkenntnisse ausführlich niederzuschreiben.

Herkunft

Franz Eng, geboren in Olten, entstammt einer Familie mit Fabrikanten- und Bankenhintergrund. Er studierte Jurisprudenz und wurde ein bekannter Wirtschaftsanwalt in Solothurn. Zur Politik kam er vor allem nach regelmässiger Zeitungslektüre im Internat in Schwyz und durch seine praktische Tätigkeit, war er doch bald ein vielgefragter Ratgeber besonders für Gemeindebehörden in einer Zeit, in der diese mit zahlreichen neuen Planungsaufgaben beschäftigt waren. Selber „Fürsprecher und Gemeindeammann“ in Günsberg, wurde er u. a. „Vater der Zweckverbände“ genannt.

Netzwerk

Eng, als hilfsbereit, objektiv und vermittelnd bekannt, [46]pflegte ein Netzwerk über den SAC und die Studentenverbindung, später als Kantonsrat und Nationalrat, und immer stärker auch in gesamtschweizerischen Wirtschaftskreisen von Beratungen in der Landwirtschaft, in der Uhrenindustrie, in der Zulieferbranche[47] bis zu diversen VR-Mandaten.[48]

Wie erwähnt, hatte Eng ein vielfältiges Umfeld vor allem auch im Einwohnergemeindeverband, dessen Präsidium er ab 1967 führte.[49]

---

[46] Vgl. seine Tätigkeit als Ombudsmann der BERESO, Besoldungsrevision um 1995
[47] Uhrenstatut, Kartellrecht, Urheberrecht etc.
[48] Vgl. HLS Bd. 4, S. 205
[49] Sein Vorgänger war Hans Derendinger, Stadtpräsident Olten, Nachfolger Dr. Ulrich Isch, der in Engs Büro arbeitete.

Verhältnis Olten-Solothurn?
Zur Frage der gelegentlichen Animositäten zwischen dem unteren und oberen Kantonsteil meint Eng, dass **Integration**sfaktoren wie die lange Zeit einzige Kantonsschule in Solothurn und das (bis anfangs der 1980er Jahre) von Mittelschülern aus dem ganzen Kanton belegte Schülerkosthaus in Solothurn oder die Auflösung des kantonalen Inf. Rgt. 11 den Zusammenhalt im Kanton gemindert haben. Zudem sei die Region Olten stark nach Basel oder Aarau ausgerichtet, was er in seiner Jugendzeit deutlich erfahren habe. **Olten** hätte aber als Wirtschaftspol (ATEL, Bally, Eisenbahn) keinen Grund für Minderwertigkeiten. Er sehe die „Abneigung" – wenn überhaupt - nicht gegenüber der Regierung, sondern gegenüber Solothurn allgemein und mehr als „Interessenlosigkeit".

Veränderungen:
Verwaltung und Gemeindepolitik
Der der Kommunalpolitik stark verbundene ehemalige Gemeindeammann Eng zeigt sich als klarer Verfechter des (alteidgenössischen) Demokratiegedankens der „Lokalen Selbstverwaltung". Er stösst sich am wachsenden „Richterstaat" (Verwaltungsgericht), was die Gemeindearbeit und Gemeindeführung erschwere, zumal die Zeiten vorbei seien, in denen „vernünftige Adjunkte auf dem Staat",[50] Nötiges entschieden und damit der Flut an Gesetzen und Leserbriefen gewehrt hätten. Im Übrigen sei ja der Kantonsrat auch noch für etwas da.

Dorfleben
Eine wesentliche und weniger erfreuliche Veränderung sieht Eng darin, dass in Gemeinden wie Günsberg[51] in den letzten fünfzig Jahren immer mehr vermögende Auswärtige anbeste Wohnlagen zuziehen, recht egoistisch alles Gute und Vorteilhafte von der Gemeinde fordernd, rasch zur Opposition bereit, sich aber kaum aktiv an der Gemeindearbeit betätigen. Das erzürne die Einheimischen, die oft verärgert und enttäuscht „den Bettel hinwerfen". Der Streit um die Ablehnung einer NATEL-Antenne sei eine blosse Sache der

[50] Nicht-Juristen und meist ehemalige Lehrer
[51] Wallner: und desgleichen u.a. in Oberdorf

Zugezogenen gewesen. Anderseits stellt er nicht in Abrede, dass in Günsberg der Skiclub oder die Schützen „regiert“ hätten oder im Nachbardorf Niederwil der „reiche“ Metzgermeister Gerber, dem die FdP so manchen Zustupf zu verdanken gehabt habe. Der Bauernalltag bestimme immer weniger das Dorfleben. Pendler und Zuzüger leben einen andern Rhythmus als der Bauer mit Zeiten der Aussaat und der Ernte und den entsprechenden Absprachen mit den Arbeits- und Ferienzeiten der Schule.

Im Übrigen seien die Veränderungen in den privaten Gewohnheiten bekannt. Die hätten sich vorab auch auf das Vereinswesen und das Zusammenleben im Dorf ausgewirkt: es fehlen immer mehr die Vereine, die Dorfanlässe u.a.m. Man ist mobiler geworden und bleibt weniger im Dorf, die Jungen sind nicht mehr in der Beiz. TV-Sendungen werden zum Strassenfeger. Und früher galt auch in der FdP eine Scheidung als wenig gesellschafts- und politfähig.

Firmen und Gemeinden

Dass Firmen positiv und „negativ“ (parteipolitisch) auf Gemeinden Einfluss nahmen, ist bekannt. So führten Unternehmen eigene Gaststätten wie die „von Roll“ das Hotel „Krone“ in Solothurn oder die Firma Attisholz das „Bad Attisholz“. **Attisholz** unterstützt in den Nachbardörfern die Musikgesellschaften als „unterster Hierarchiestufe“, denn der VR pflegte eigene Jagdhütten und die Jagd in Österreich. Dem Kader wurde das Reiten ermöglicht, dem unteren Kader das Tennisspielen und den Arbeitern die Musik und das Turnen. Die Papierfabrik Biberist ebenso das Hornussen.

Parteipolitik ,Wahlen

Wie bekannt, sagt Eng, seien die Wahlen im Kanton stets heftig gewesen, oft über 90% Stimmbeteiligung durch das übliche „Herbeikarren“ noch unschlüssiger Wähler. Überparteiliche Podiumsgespräche oder überparteiliche Komitees zugunsten eines Kandidaten habe man nicht gekannt. Dass er ein erstes solches initiiert habe anlässlich der Wahl von RR **Peter Hänggi, CVP,** 1991 habe auch einen **eidgenössischen Aspekt** gehabt.

Veränderungen sieht Eng im verstärkten Einfluss der Medien und ihrer

grösseren Behördenkritik, was oft zu Unfrieden führe, zudem gebe es immer mehr parteilose Wähler und Stimmbürger und durch die Abwanderung von Bauern in die Industrie einen Wechsel von bürgerlichen Kräften im Dorf zur SP.

Persönlichkeiten

Allgemein, sagt Eng, habe der Respekt vor Autoritäten wie Regierungsräten oder Oberamtmännern abgenommen. In der FdP hätten zu seiner Zeit Dr. **Ulrich Luder** oder Dr. **Karl Obrecht** oder Stadtammann **Hans Derendinger** Olten dominiert, unterstützt von einem breiten Kader auch aus der Wirtschaft von Olten oder dem oberen Kantonsteil (ausser Grenchen). Willi **Ritschard,** SP, findet er „gut“, bei der CVP **Dr. Leo Schürmann** und insbesondere auch den „originellen“ Landwirt **Louis Rippstein.** Die Regierungsräte lobt er fast durchwegs, **Wyser** sei sehr eloquent und führend gewesen, **Rötheli** fleissig und „geizig“, **Erzer** nicht immer pflegeleicht und eigenartigerweise gegen Autobahnen. Baudirektoren, so meint Eng, würden eben vorab ihre Heimat pflegen.

Frauenstimmrecht

Noch über lange Zeit hätten selbst viele Frauen das Stimmrecht nicht gewünscht.

Das Bild Solothurns in Bern

Nach Ansicht von Eng wurde und wird Solothurn im Bundesbern positiv wahrgenommen. Solothurn stellte manche gute Bundesräte, Parlamentarier und (wenn auch wenige!) höhere Beamte. Keine Extremisten, **NR Rothen** eher etwas geschwätzig, Dr. **Josef Ziegler** sehr links, nicht immer zuverlässig. Die CVP habe immer wieder Bauern portiert, aber gute. Die meisten, auch die Freisinnigen, seien sachlich und ausgeglichen gewesen und nicht „scharf“ wie Zürcher oder Waadtländer.

Eng war 1977-1982 Fraktionspräsident der FdP und verkörperte laut seiner Rückschau den typisch solothurnischen Vermittler. Eng erfuhr Banken und Bänker „in hemmungsloser Haltung“, mit den Gewerkschaften war zu leben. Und: eine „Arena“ gab es zu seiner Zeit noch keine.

Nach allen geführten Gesprächen gab es noch schriftliche Nachfragen. Franz Eng offerierte ein zweites Gespräch.

Solothurn auf eidgenössischer Ebene

Nationalrat Eng sagt rückblickend, dass die Solothurner Delegation im eidgenössischen Parlament ausser dem gelegentlich etwas sturen und nicht immer verlässlichen Dr. Josef Ziegler CSP gemässigt und sachlich war, oft zur Zusammenarbeit bereit, industrie-und gewerbefreundlich. Er spricht von seinem guten Verhältnis zu Bundesrat und Volkswirtschaftsdirektor Fritz Honegger, ZH. Mit den **Gewerkschaften** habe man reden können, nur nicht mit den **Bankenvertretern,** die schon damals „vom hohen Ross herab“ kaum zu Zugeständnissen bereit waren.

Beeinflusst von Kontakten auf Bundesebene war z.B. der Entschluss von Franz Eng, anlässlich der Regierungsratswahl von 1991 mit einem Komitee den CVP-Kandidaten Peter Hänggi zu unterstützen, was bis anhin noch nie geschehen war. In manchen Kantonen verstanden die Freisinnigen nicht, dass sich in Solothurn die Bürgerlichen nicht gegenseitig unterstützen .Das wollte ihnen Eng gleichsam beweisen.

Die FdP Solothurn sieht Eng ähnlich jener von Luzern (und jedenfalls nicht Zürich) als „Volkspartei“, auch Bauern oder Arbeitern nicht fern. Allerdings sei nicht zu bestreiten, dass Arbeitnehmer - ob Knechte, ob Industriearbeiter - von ihren Chefs nicht selten zu Parteigängern der FdP verpflichtet wurden. Die jahrzehntelange politische und wirtschaftliche Vormachtstellung der Liberalen habe auch vorab im Staatspersonal bis hinunter zum Wegmacher ebenso gewirkt.

Verluste bei bürgerlichen Parteien

Eng entwickelt bei vielen Themen immer wieder seine besondere Sicht unter dem Aspekt der kleinen und mittleren Gemeinden, also des Dorfes. Zwar gelte besonders auch im Kanton Solothurn, dass sich die Parteizugehörigkeit „vererbe“. Wer FdP war, blieb FdP, ebenso CVP u.s.f. Aber die politische Landschaft habe sich eben verändert. Früher

sei das Dorf oder der Kanton „**für sich selbst“** gewesen, auch was die politische Orientierung betreffe. Es habe kaum Einfluss durch das Fernsehen oder Parteien ausserhalb von FdP, CVP oder SP geherrscht. Flugsand-Parteien wie Poch, LdU, SVP, Nationale Aktion u.a. seien zusammen nicht über 10% hinaus gekommen, Grüne gab es auch noch nicht. Heute gebe es die **Themenparteien,** welche einzelne und meist populäre Themen aufnehmen, während die historischen Parteien das ganze Spektrum der Politik „beackern“ müssten, auch die wenig attraktiven Bereiche (Spar-Politik!).
Eng glaubt, dass weniger die Banken am Krebsgang der FdP schuld seien als die gesellschaftlichen Veränderungen und Gepflogenheiten und der Drang, auf dem Land zu wohnen, wie in Günsberg oder Oberdorf, aber dort politisch inaktiv zu bleiben. „Die alte politische Tradition in den Dörfern ist verloren.“ Früher seien die Parteiversammlungen noch gesellschaftliche Anlässe gewesen (wie der Kirchgang, man traf sich dort), und was die Parteiideologie betreffe, habe man als politischer Redner ohnehin im Bucheggberg anders reden müssen als in Olten. NR **Louis Rippstein** von der CVP sei ja in dieser Hinsicht ein Talent und Musterbeispiel gewesen.

Wirtschaftsrat und Wirtschafsförderung (WiFö) im Kanton

Eng sieht die Erfolge der in den 80er Jahren etablierten WiFö im Kanton[52] nicht allein in der finanziellen Unterstützung von Unternehmen, sondern in deren Beratung, in ihrem raschen Zugang zu Ämtern und Behörden, oder im Effekt, dass ein vom Wirtschaftsrat gefördertes Projekt den Unternehmern, vorab Jung- und Neuunternehmern, Glaubwürdigkeit und Ansehen und damit Rückendeckung verschaffte, vor allem auch bei den Banken.
Auslöser der WiFö und des Wirtschaftsrates seien gewesen, dass vorab die Gemeindevertreter eine politische Beruhigung im Gewerbe wünschten und mehr Aktivitäten der Regierung, z.B. auch vermehrte gegenseitige Gespräche. Es kam die neue Lage dazu, dass die Gemeinden und der Staat von einer „Planungswut“ ergriffen waren. Alle Gemeinden wollten Industrie ansiedeln, dabei war WiFö vorab auch für die mittleren und kleinen Unternehmen gedacht.

[52] Wallner: mit Recht!

Gleichsam Initiant für eine WiFö seien eine positive allgemeine Stimmung und persönlich Regierungsrat Willi Ritschard gewesen. Die WiFö wurde in Regierung, Kantonsrat, Banken und der Öffentlichkeit gut aufgenommen. Die Regierung sei offen gewesen für Ansiedelungen von Unternehmen.

Insgesamt beurteilt Eng den Erfolg als „geteilt".[53] Der in der Wirtschaft ebenfalls massgebende psychologische oder emotionale Aspekt sei ja nicht messbar. Ordnungspolitische Bedenken hätte die FdP kaum gehabt, denn im Kanton habe es ja meist freisinnig geführte Unternehmen betroffen, weil ja ohnehin seit Jahrzehnten vorab freisinnige Unternehmen im Kanton dominierten.

Als falsche oder schlechte Beispiele der WiFö nannte Eng die Firmen „Autophon" oder „Bally", die zur damaligen Zeit Unterstützung nicht nötig hatten. „Spirig" in Egerkingen oder die „Swatch" übrigens auch nicht, aber sie wollte aber gewürdigt werden.[54]
An Druckereien wie UNION, Habegger, Dietschi, Büetiger, Walter-Verlag gab es ohnehin zu viele. Ein Gleiches galt im Bereich der in Mode gekommenen Seminar-Hotels, wiewohl Solothurn grundsätzlich dafür ein guter Standort ist.
Die **Firma Belland:** Für Furore und Kritik an der WiFö sorgte Mitte der 1980er Jahre der „Fall Belland" in Biberist, wo ein Unternehmen hoffnungsvoll grosse Zuversicht verbreitete, einen wasserlöslichen und damit recyclingbaren Kunststoff herzustellen. Nachdem achtbare Wissenschafter wie Prof. Weizäcker aus Deutschland oder Prof. Hugo Allemann, Solothurner Kantonalbankdirektor, die WiFö, Investoren und viele Koryphäen begeistert hinter dem Projekt standen, pilgerten Weltfirmen u. a. aus Chemie und Autoindustrie ins Mekka Biberist, um an dieser umwerfenden und gewinnverheissenden neuen Technologie Anteil zu haben. So hoffte beispielsweise das Automobilunternehmen BMW in München ihre für den Transport nach Übersee mit Folien

[53] Vgl. Fall Belland weiter unten
[54] Vgl. die von RR Egger und RR Wallner nicht bewilligte, aber geduldete Nachtarbeit für Frauen bei der Swatch

geschützten Autos mit Bellands abwaschbaren Kunststoff zu überziehen. Aber nach Jahren vergeblichen Hoffens auf ein Wunder verwandelte sich die gegenseitig hochgeschaukelte Euphorie in eine abgrundtiefe Ernüchterung.

Niedergang von Firmen

Der Niedergang zahlreicher grosser, lange Zeit profitabler Firmen mit bekannten Namen ist darauf zurück zu führen, dass sie zu Zeiten des Erfolgs nicht rechtzeitig technische und andere rasante Veränderungen sowie die Notwendigkeit zu Strukturverbesserungen erkannten. Sie wurden überrundet. Ob die zu Teil gepflegten Monokulturen auch eine Rolle spielten, ist unklar. Zudem waren viele Firmen weder auf Export ausgerichtet noch mit dem Ausland vertraut. Man produzierte für einen „geschlossenen Markt," profitierte von Kartellen wie dem Uhrenstatut oder von selbstverständlichen Lieferungen an den Bund wie die Telefonie (Autophon). Der technische Fortschritt wurde verpasst. Zudem war der Zusammenschluss der Autophon mit Hasler, Gfeller etc. falsch.

Bally verliess die Qualitätsmarke, unterschätzte die Veränderung zu höheren Personalkosten und was die Kunden (Frauen) nachfragten. Vor allem aber reagierte man zu wenig auf die stets billigere Mobilität, welche die ganze Wirtschaft durcheinander wirbelte. Insgesamt ging es stets häufiger um die Stichwörter: Marktöffnung, Spezialisierung, Mobilität, grosse Mengen, Weltpreise also zu hohe Produktionskosten und weltweite Konkurrenz (Japan !).

Eine, wahrscheinlich nicht nur solothurnische Erscheinung, war es, dass manche Firmen überaus gute Zeiten erleben durften. Ja, so erinnert sich Eng, da und dort wurde in Saus und Braus gelebt. Auch die Banken blieben nicht zurückhaltend mit Krediten. (Handelsbank!) Die Nachkommen waren sich dessen gewohnt, übernahmen die Schulden der Väter und meisterten die schlechter werdenden Verhältnisse nicht.

6. Nationalrat Urs Nussbaumer, CVP Gespräch vom 31.05.2013

Geboren 2. Oktober 1931
Beruf Ing. agr. ETH, Bauernsekretär
Im Amt NR 1979-1991, Mitglied des Ratsbüros
Vgl. im Anhang: „Lebenslauf“ und “Kantonales Allerlei“ verfasst von U. Nussbaumer

Der Weg in die Politik

Urs Nussbaumer wächst als Bauernsohn mit acht Geschwistern im Dorf Hauenstein auf. Der Vater verstarb, als Nussbaumer acht Jahre alt war. Er war aber in der Zwischenkriegszeit politisch tätig, indem er als CVP (KK!) Parteigänger alle vier Jahre im Wechsel mit seinem freisinnigen Nachbarn als Gemeindeammann gewählt wurde und bei Nichtwahl gleich zum Bürgerammann. Nach einem hitzigen Wahlkampf soll das Einvernehmen zwischen beiden stets kollegial gewesen sein.
Nach dem Tod des Vaters übernahm die Mutter, Marie Nussbaumer-Dettwiler, den Landwirtschaftsbetrieb und die Erziehung der Kinder. Sie war eine begeisterte Bäuerin und Saatgetreidezüchterin. Sie kannte aus dem Ersten Weltkrieg die Wichtigkeit der Landesverteidigung, denn sie wuchs als Bergbauerntochter im Belchengebiet auf.[55]

Unter dem Eindruck der Hitlerdiktatur und eines NSDAP-Gauleiters im eigenen Dorf gewährte sie den mobilisierenden Einheiten auf dem grossen Hof am Dorfrand volles Gastrecht. Während der Kriegsjahre glich der Hof einem Heerlager mit Kompaniebüros, Küche, Unterkunft für Mannschaften, Soldatenmutter und Pferd des Hauptmanns. Mutter duldete nicht, wenn Soldaten auf ihrem Hof schikaniert oder angeschrien wurden. Als Witwe musste sich die Mutter in der damaligen Männerwelt als selbständige Bäuerin mit ihrem grossen Sinn für Gerechtigkeit oft sogar gegenüber den Gemeindebehörden ihr Recht behaupten.

[55] Fortifikation Hauenstein

Urs Nussbaumer hielt im ersten Semester seines Agronomiestudiums an der ETH im Jahre 1951 einen Vortrag für das Frauenstimmrecht. Seine Mitstudenten lehnten dieses Ansinnen mit 14 zu 1 Stimme ab.
Der italienische Staat gewährte ihm nach Abschluss des Hochschulstudiums ein Stipendium für ein Nachdiplomstudium an der Agrarfakultät der Universität Neapel. An der Uni lernte er fleissige Söhne von armen Kleinbauern aus Kalabrien und Söhne von Grossgrundbesitzern kennen, die mit Geld zu ihren Doktortiteln kamen.

Beruflich-politische Tätigkeit

An der eidgenössischen Forschungsanstalt für Pflanzenbau in Zürich erwachte seine Begeisterung für die Erhaltung des landwirtschaftlichen Bodens als Ernährungsgrundlage.
Nach der Heirat mit Hedy Kamber, Bauerntochter von Wisen, Lehrerin in Oensingen, trat Urs Nussbaumer 1958 seine Stelle als Adjunkt von Bauernsekretär Otto Herren in Solothurn an. Dieser strenge Chef kannte als Agronom das bäuerliche Zivilrecht, Pachtrecht, Bodenrecht, eheliches Güterrecht à fonds. Chef und Adjunkt trugen die Forderung nach einem neuen bäuerlichen Bodenrecht in den Schweizerischen Bauernverband hinein. Die grosse Mechanisierungswelle der Landwirtschaft machte die Modernisierung der Betriebsgebäude und der Ausrüstung der Bauernhöfe notwendig. 1962 trat das Bundesgesetz über Investitionskredite in der Landwirtschaft in Kraft. Der Kanton Solothurn übertrug den Einsatz der zinsfreien Bundesdarlehen der neugegründeten Landwirtschaftlichen Kreditkasse, die dem Bauernsekretariat angegliedert wurde. Regierungsrat Otto Stampfli präsidierte diese Genossenschaft. Diese Regelung mit dem jeweiligen Landwirtschaftsdirektor als Präsident und dem Bauernsekretär als Geschäftsführer hat sich über alle Jahre bis heute bestens bewährt: Dem Kanton, der für ausbleibende Rückzahlungen der Bauern aufkommen müsste, sind trotz starken Anwachsens des rollenden Fonds, in den letzten 50 Jahren gar keine Verluste entstanden. Urs Nussbaumer war von 1971-1996 Geschäftsführer der Kreditkasse.

Nussbaumer schaffte sich als Bauernsekretär u.a. über seine Sprechstunden in Solothurn, Olten, im Schwarzbubenland und sogar im Laufental bei Bauern jeglicher politischen Couleur ein Netzwerk. 1978

wurde er vom Bundesrat in die Expertenkommission Zimmerli für ein neues landwirtschaftliches Pachtrecht berufen. Er wurde denn auch 1979 von bäuerlicher Seite als Nationalrats-Kandidat portiert, nachdem Kantonsrat Roman Pfefferli aus familiären Gründen auf eine Kandidatur verzichtet hatte. Er selber beabsichtigte früher nie in die Politik einzusteigen, weil ihn sein Amt als Bauernsekretär voll erfüllt und ausgefüllt hatte. Er verfasste jahrzehntelang alle bauernpolitischen Vernehmlassungen und stellte als Chefredaktor des Bauernblattes der Nordwestschweiz von 1970 bis 1992 wöchentlich unter der Randnotiz „Der Rechenboden“ den bäuerlichen Alltag humorvoll und lebensnahe dar.
Seine Wahl im Herbst 1979 bereitete vielen Parteikollegen wenig Freude. Umso mehr freute ihn der grosse Blumenstrauss, den ihm die Präsidentin der freisinnigen Partei seines Wohnortes Riedholz überbrachte.

Image der Solothurner im Bundesparlament

Nussbaumer war während acht Jahren Mitglied (Stimmenzähler) des „Büros“ im Nationalrat und dabei vier Jahre Präsident des Wahlbüros der Bundesversammlung. Er erinnert sich, dass z.B. im Unterschied zu den Aargauern die Solothurner mit den welschen Ratsmitgliedern stets französisch oder wenigstens schriftdeutsch sprachen und damit eine Brückenfunktion wahrnahmen, sich gleichsam „um die Welschen kümmerten“. Die Solothurner hätten auch stets – wie der Urner Franz Steinegger übrigens auch – andere nicht „heruntergemacht“, nicht polemisiert, oder besser sein wollen, und sich gehütet, persönlich zu werden. Laut Nussbaumer hat man die Solothurner Räte stets ernst genommen im Unterschied zu jenen, die sich um den Zusammenhang der Sprachregionen wenig gekümmert haben. Die Solothurner Bauernvertreter im Bundesparlament waren NR Willy Arni, Mühledorf, und NR Louis Rippstein, Kienberg. Sie präsidierten nacheinander den kantonalen Bauernverband. Nussbaumer wurde 1980 in die ausserparlamentarische Expertenkommission Zimmerli für ein neues bäuerliches Bodenrecht berufen. Später präsidierte er die nationalrätliche Kommission für das neue Pachtrecht LPG (4.101985) und die nationalrätliche Kommission für das Bodenrecht BGBB (4.10.1991). Auf Wunsch des eidgenössischen Wohnungsamtes

gründete er im Dezember 1991 in Olten die Stiftung WEG-LA (Wohn- und Eigentumsförderung im ländlichen Raum zum Zwecke der Gewährung niederverzinslicher Bundesdarlehen an kleinbäuerliche Familien und Bauernfamilien vor allem im Berggebiet.

Einflussreiche Persönlichkeiten?

Nussbaumer nennt ohne zu überlegen NR Franz Eng und SR Max Affolter, die beide in den 80er-Jahren zu Ratspräsidenten gewählt wurden. Weitere bekannte Namen von Solothurnern auf Bundesebene waren die Chefs des Bundesamtes für Raumplanung: Marius Baschung, Erlinsbach SO, Prof. Hans Flückiger von Solothurn, Walter Fust aus Hessigkofen im DEZA, Bundesrichter wie Arthur Haefliger und Michel Féraud, oder die Kkdt. Eugen Studer und Eugen Lüthy. Allzu viele Solothurner in Bundesämtern gab es nicht.

Laufental-Frage

Nussbaumer kannte das Laufental von seinen Sprechstunden her gut, auch zur Zeit des Kantonswechsels. Die Laufentaler Bauern hätten anfänglich Begeisterung für Solothurn gezeigt. An einer Veranstaltung aber habe Regierungsrat Hans Erzer sie erzürnt mit der Schlussbemerkung: "Bleibt wo ihr seid!" Auch Heinz Lanz, Präsident der solothurnischen Laufentalkommission, wohnhaft in Gempen, habe eher contra Laufental agiert. Bei Erzer, früher Ammann in Breitenbach, hätten neben parteipolitischen Überlegungen Animositäten aus seiner Ammannzeit in Breitenbach und die damalige Spitalfrage eine Rolle gespielt.[56]

In der Laufentalfrage habe der Berner NR Rainer Weibel aus Laufen eine wechselvolle Rolle als „Leithammel" gespielt. Zuerst habe er für Solothurn votiert, dann für Baselstadt und unter NR Feigenwinters Einfluss zuletzt für Baselland. Noch während des solothurnischen Informations-Anlasses von 1979, an welchem NR Cornelia Füeg und Urs Nussbaumer auf dem Ratshausplatz in Laufen referierten, nahm NR Feigenwinter die Journalisten für sich zur Seite und machte diesen klar, dass sich das Laufental für BL entscheiden werde.

Zur solothurnischen Landwirtschaft

Bis 1966 besuchten die angehenden jungen Bauern nach der Volksschule die Fortbildungsschulen an verschiedenen Schulorten. Das System vermochte den modernen Anforderungen der Ausbildung nicht mehr zu entsprechen. Der Bauernverband verlangte die Anstellung eines Wanderlehrers für den Berufsschulunterricht der Lehrlinge, welche eine zweijährige Lehre zu bestehen hatten vor dem Eintritt in die Fachschule am Wallierhof.

Die solothurnischen Bauern waren im „Kantonalen Bauernverband“, in der Vereinigung der „Katholischen Bauern“ oder bei den „Freisinnigen Bauern“ organisiert. Eines der Hauptthemen in den 1960er / 1970er Jahren war die Auseinandersetzung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Beteiligt am „Streit“ war vorab Dr. Urs Schwarz mit seinem sehr undiplomatischen Vorgehen. Im Unterschied zum Kanton Aargau, der obrigkeitlich verfügte, gelang es durch Cuno Flury, Solothurn, gemeinsame Wege zu finden, weil er die Bauern zu überzeugen vermochte, nicht allein auf die Entschädigungen zu schielen, sondern innerlich überzeugt zu sein. Es kamen geschickt verhandelte Verträge zustande und ein Vorgehen auf freiwilliger Basis. Dieses sogenannte „Solothurner Modell“, das „Mehrjahresprogramm Natur- und Landwirtschaft“ mitgestaltet von Dr. Peter Thomet, Dozent an der Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen, kam auch in Bundesbern und in der ganzen Schweiz sehr gut an. Dieses Programm hat sich bis in die Gegenwart bewährt.

Im weiteren fanden grössere Auseinandersetzungen statt zur Frage, ob einfach auf Teufel komm raus produziert werden sollte mit möglichst grossem Einsatz an Kraftfutter und Kühen als reinen Milchmaschinen oder „bio“! Diese Auseinandersetzung hält heute noch an.

Was waren die Kennzeichen der solothurnischen Landwirtschaft? Der Bauernverband stand von Anfang an hinter der 1942 durch den Regierungsrat beschlossenen Juraschutzzone, die später im Rahmen der Raumplanung ausgeweitet wurde auf den Engelberg und den Bucheggberg. Der Kanton Solothurn ist ein Bergkanton und ein Flachlandkanton. Die Infrastrukturen der Berggebiete lagen auch 15 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg im Argen. Es fehlte an Wasser,

Elektrizität und Zufahrtsstrassen. Das Bauernsekretariat gründete von 1960-1975 fünf Flurgenossenschaften zum Zwecke des Bergstrassenbaues in Beinwil, Mümliswil, Welschenrohr und Hägendorf-Hauenstein. Es wurden zu allen Berghöfen wintersichere Zufahrtsstrassen nach BfU-Normen durch Bund und Kanton subventioniert und mit zinsfreien Strassenbaukrediten der landwirtschaftlichen Kreditkasse gebaut. Grosse Verdienste erwarb sich dabei der Grenchner Forstingenieur und Strassenplaner, Friedrich Ramser, der es verstand, die Bergstrassen naturgerecht ins steilste Gelände zu planen. Es wurden mehr als 70 km neue Zufahrtsstrassen und weit über 100 km sanierte Bergstrassen gebaut. Die KR Louis Rippstein und Karl Begert, Biberist, konnten im Kantonsrat in den 70er-Jahren erreichen, dass 5 % der Motorfahrzeugsteuer der PW-Fahrer zweckgebunden für den Bergstrassenbau verwendet werden musste. Um diese Lösung beneidete man die Solothurner Bauern im Berggebiet schweizweit.

Zur Landfrauenvereinigung unterstreicht Nussbaumer die sinnvolle und gute Führung dieser Institution und ihren Erfolg, dass die Zeiten vor 1970 vorbei seien, als die Bäuerinnen noch wenig zu sagen hatten. Die Ausbildung der Bäuerinnen habe in dieser Zeit grosse Fortschritte gemacht, die Parteipolitik auch in diesem Sektor nachgelassen. Das Verhältnis zum Bauernverband sei gut gewesen. Früher habe die Vormundschaftsbehörde stets interveniert, wenn durch Todesfall eine Bäuerin zur Witwe geworden sei. Heute übernehme diese meist selber den Hof.

„Verparteipolitisierung“

Der Vorstand des Solothurnischen Bauernverbandes war während Jahrzehnten parteipolitisch paritätisch zusammengesetzt: Gleichviele von der FdP und von der CVP.

Nussbaumer meint, sie habe gegenüber früher abgenommen, sei aber nicht nur negativ, vor allem, wenn man Abstand nehme von persönlichen Verunglimpfungen und Benachteiligungen. Auf der sachlichen Ebene bekämpfe sie die „Wohlfühlgesellschaft“ von heute – den Tod der kleinen Gemeinden - und halte das politische Leben rege. Streit in Sachfragen belebe das Geschäft.

7. Dr.theol. em. Generalvikar Anton Cadotsch Gespräch 30.08.2013

Geboren am 7. Juli 1923 in Grenchen.

Herkunft, Ausbildungs-, Lern- und Lehrjahre

Anton Cadotsch ist der Sohn des Stadtförsters von Grenchen und mit 90 Jahren in bester körperlicher und geistiger Verfassung. Er studierte Theologie in Luzern, Rom und Paris und machte während zwei Jahren in einer Stadtberner Pfarrei - „eine seiner schönsten Zeiten“ - erste praktische seelsorgerliche Erfahrungen. Es folgte eine „kritische Zeit“ als Subregens am Priesterseminar in Luzern, wo es galt, Missstände in der Führung zu bewältigen.

Auf Vorschlag von Bischof von Streng an die Solothurner Regierung wirkte Anton Cadotsch von 1959-1976 an der Kantonsschule und am Lehrerseminar Solothurn als Religionslehrer, wo er als Nachfolger des als Uniprofessor tätigen, intellektuell-kämpferischen Dr. Alois Müller als beliebter, aufgeschlossener Lehrer von den Schülern geschätzt war. Sowohl mit den damals gegenüber katholischen Religionslehrern skeptischen liberalen Professorenkollegen als besonders auch mit seinen protestantischen Fachkollegen, Hansruedi Hasler und Hans Stricker, entwickelte sich bald das beste Einvernehmen.[57]

Synode 72

Ab 1969 wurde Anton Cadotsch durch Bischof Hänggi für das Bistum Basel mit der Vorbereitung und Durchführung der „Schweizerischen Synode 72“ betraut. Da der Bischof über wenig Geldmittel verfügte, entpuppte sich die Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel als eines der Hauptprobleme, zumal die kantonalkirchlichen Organisationen wie Kirchenräte, Synoden u.a. in den Kantonen sehr unterschiedlich organisiert waren. Umso besser spielten die Kontakte mit den andern Bistümern und die Zusammenarbeit unter den 200

[57] Wallner: Anton Cadotsch hat viel dazu beigetragen, an der damals liberal dominierten Kantonsschule Vorurteile gegenüber Vertretern der katholischen Kirche oder der 1955 neugegründeten „katholischen“ Studentenverbindung „Palatia“ abzubauen.

Delegierten.[58] So wirkte die „Synode 72“ nebst der Behandlung inhaltlicher Themen gleichsam als „Sauerteig“ eines gestärkten Zusammenlebens und Zusammenfindens unter den Schweizer Katholiken.

Nach dem Ende der „Synode 72“ um 1975 schwächten sich leider diese positiven Impulse ab, nicht zuletzt wegen späteren Gegensätzlichkeiten unter den Bischöfen.[59] Zudem hatte Anton Cadotsch die Erfahrung gemacht, dass die schweizerischen Bistümer wie vieles in der Schweiz von unterschiedlichen Mentalitäten, Sprachen, finanziellen Strukturen, Grössen u.a.m. geprägt sind.[60] Und gerade auch im grossen Bistum Basel sind z.B. Kantone wie Thurgau oder Luzern im Gegensatz zu Solothurn der Meinung, dass der Bischof in Solothurn über eher zu viel „Macht“ verfüge.

Tätigkeiten in der Bischofskonferenz und im Bistum Basel

Von 1976 bis 1983 war Anton Cadotsch Sekretär der Schweizerischen Bischofskonferenz. Dazu nahm er in Bern Wohnsitz und hatte sein Büro in Fribourg. Ab 1983 bis 1996 war Cadotsch Generalvikar des Bistums Basel, also Stellvertreter des Bischofs („Moderator Curiae“), aber nicht wie die beiden Weihbischöfe mit speziellen Ressorts betraut oder für Weihen u.ä. befugt. Ebenfalls 1983 wurde er zum Domherrn des Standes Solothurn und später zum Dompropst gewählt, zum Vorsitzenden der Domherren, also des Domkapitels.

Als solcher hatte er vorab kirchenrechtliche Aufgaben wahrzunehmen, als Berater des Bischofs zu wirken und u.a. zwei Bischofswahlen vorzubereiten. Dies erforderte, den entsprechenden Kontakt zu den Regierungen zu pflegen, vor allem zum Präsidenten der Diözesankonferenz, der stets vom Regierungsrat des Vorortes, also von Solothurn, gestellt wird (meist der Erziehungsdirektor).
Dabei erlebte Anton Cadotsch am 14. Januar 1994 jene Aufsehen erregende und überraschende Eliminierung eines an sich unbestrittenen Kandidaten infolge des weltweit einzigartigen

[58] Priester und Laien
[59] Haas, Huonder
[60] Es gibt noch Kantone ohne Kirchensteuern.

„Streichungsrechts“, welches seit 88 Jahren nicht mehr angewendet worden war.[61]

Auch die nicht zuletzt von Bischof Kurt Koch zeitweise ins Gespräch gebrachte Frage nach der „**Trennung von Kirche und Staat“** galt es zu dämpfen, und nicht zuletzt deshalb, weil u.a. die Entlöhnung der residierenden Domherren durch den Staat davon abhängig war und der Bischof über nur geringe Geldmittel verfügt. Dieser Aufgabe widmete sich Anton Cadotsch in schriftlichen wie auch mündlichen Informations-Kontakten mit der Regierung.[62]

Solothurn Bischofsstadt

Anton Cadotsch weist darauf hin, dass viele kleinere Städte wie Chur, Sion, St.Gallen Bischofsstädte sind. Sie haben durchaus ein gewisses Prestige auch nach aussen. Das Bistum Basel sei aber das schwierigste wegen des Konkordats von 1828. Alle Stände wie auch das Domkapitel wollen ihre Wahlrechte behalten.

Verbindung zu Kantonsregierungen

Die Verbindung zu den Kantonsregierungen bezeichnet Anton Cadotsch als gut. Selbst im gelegentlich kritischen Kanton Thurgau habe die Regierung jeweils in corpore den Bischof und auch das Domkapitel empfangen. Bis 1985 war der Kanton Solothurn extrem verparteipolitisiert. Das Verhältnis zwischen Ordinariat und Regierung war aber auch in Solothurn stets gut.

Röschenz

Den „Fall Röschenz“ bezeichnet Anton Cadotsch für das Bistum Basel als einmalig. Die Pfarrei habe vor dem „Fall Röschenz“ Pech mit Pfarrherren gehabt. Vielleicht hätte ein anderer Bischof etwas bürgernäher reagiert.

Persönlichkeiten

Abgesehen von Bischöfen und Klerikern zählt Anton Cadotsch unter den Laien zu herausragenden und richtungsweisenden „kirchlichen

[61] Vgl. Fink, S.381, Ehrenzeller S.110/111.
[62] Vgl. auch entsprechende Vorstösse im Kantonsrat.

Persönlichkeiten“ Dr. Fritz Spieler (1893 -1974), Begründer des „Seraphischen Liebeswerks“ in Solothurn und Dr. Max Gressly aus Solothurn (1897-1996).

Kirchliches Leben

Anton Cadotsch möchte neben dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der „Synode 72“ an folgende Punkte erinnern: an die vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jh. grossen Volksaufmärsche an den „Katholikentagen“, ebenso an die zahlreichen „Volksmissionen“ in den Pfarreien, an die Passionsspiele in Selzach, Fronleichnamsprozessionen und vorab an die Solothurner Klöster und Stifte: das Franziskanerkloster und die Stifte St. Urs und Viktor in Solothurn und Schönenwerd[63] sowie die Klöster „Nominis Jesu“, „Visitation“ und „Josefskloster“ in Solothurn und die Kapuzinerklöster Solothurn, Olten und Dornach und das Kloster Mariastein.

Quellen und Literaturverzeichnis

Kirchliches aus den Solothurner Kantonsrats-Verhandlungen:

KRV 1914 S.102, 120, Religionsunterricht
KRV 1917 S.730 Kirche und Staat
KRV 1918 S.181 Pensionierungen, S.56, 194 Neuregelungen
KRV 1919 S.43, 57 Prot. Pfarrer
KRV 1920 S.480 Kanzelmissbrauch
KRV 1921 S.685 Bischöfliche Mandate
KRV 1922 S.66,74,276 Bischöfliche Mandate
KRV 1924 S.641 Lohn Domprobst, S.32 Begriff „Pfarrverweser“ meiden
KRV 1925 S.307 Motion „Kirche und Staat“
KRV 1926 S.98, 613, 126 Begriff „Pfarrverweser“ meiden
KRV 1932 S.709 ff., 719, 725, 740 weniger Staatsbeitrag an Pension der Geistlichen
KRV 1933 S.881 neutraler Religionsunterricht
S.226, 476 Verhältnis Kirche und Staat
KRV 1934 S.6,314, 459 Kirche und Staat und Sigrist in Zuchwil
KRV 1944 S.796
KRV 1994 S.469 Kirche und Staat
KRV 1995 S.107 Kirche und Staat

Ehrenzeller Bernhard, Die Diözesankonferenz des Bistums Basel, Freiburg CH 1985.

Fink Urban, Die Bischöfe von Basel 1794-1995,Freiburg CH 1996.

Kellerhals Adolf, Die öffentlich-rechtliche Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften im Kanton Solothurn, Freiburg CH 1991.

[63] Im 19. Jh. aufgehoben